

Resolution

beschlossen von der 198. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 7. Mai 2026

Lohnzurückhaltung beenden – Realeinkommen sichern, Nachfrage stärken

In einer Zeit anhaltend hoher Teuerung und wachsender wirtschaftlicher Unsicherheit stellt die 198. Vollversammlung der AK Vorarlberg fest, dass die Reallöhne vieler Beschäftigter unter Druck geraten sind, obwohl zahlreiche Unternehmen – insbesondere in einzelnen Branchen wie dem Finanzsektor oder Teilen des Handels – weiterhin hohe Gewinne erzielen. Gleichzeitig wurden in den vergangenen Kollektivvertragsrunden wiederholt Abschlüsse unterhalb der Inflationsrate vereinbart, die als temporäre Krisenmaßnahmen gerechtfertigt wurden, faktisch jedoch zu spürbaren Kaufkraftverlusten geführt haben.

Diese Entwicklung verschärft nicht nur soziale Ungleichheiten, sondern untergräbt auch die gesamtwirtschaftliche Stabilität, da eine schwache Lohnentwicklung unmittelbar zu Konsumzurückhaltung führt. Dies trifft letztlich auch die Unternehmen selbst. Eine dauerhafte Politik der Lohnzurückhaltung ist daher kein Beitrag zur Krisenbewältigung, sondern ein Risiko für Beschäftigung, Nachfrage und wirtschaftliche Entwicklung.

Die 198. Vollversammlung der AK Vorarlberg hält fest, dass die Argumentation für wiederholte Abschlüsse unterhalb der Inflationsrate zunehmend an Plausibilität verliert, insbesondere vor dem Hintergrund:

- signifikanter Gewinnsteigerungen in einzelnen Branchen,
- weiterhin bestehender automatischer Anpassungsmechanismen bei Preisen, Gebühren und Vermögenseinkommen,
- einer ungleichen Verteilung der Krisenlasten zulasten der Arbeitnehmer:innen,
- sowie der Tatsache, dass Lohnabschlüsse der vergangenen Jahre nicht ursächlich für die Inflation waren, während Preissetzungsspielräume in bestimmten Sektoren offensiv genutzt wurden.

Besonders kritisch ist, dass diese Entwicklung auch im öffentlichen Bereich sichtbar wird. Das betrifft nicht nur den Bundesdienst, sondern auch das Land Vorarlberg als bedeutenden Arbeitgeber, insbesondere in:

- den Landeskrankenhäusern und Pflegeeinrichtungen,
- der Elementarpädagogik und Kinderbetreuung,
- dem Schul- und Bildungsbereich,

- der Landesverwaltung sowie ausgelagerten Einrichtungen und Beteiligungen,
- sozialen Diensten und Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

Gerade in diesen Bereichen ist die Sicherung attraktiver Einkommen eine zentrale Voraussetzung für Personalgewinnung, Arbeitsqualität und Versorgungssicherheit.

Die 198. Vollversammlung der AK Vorarlberg stellt klar: Eine dauerhafte Entkoppelung der Lohnentwicklung von der Inflation ist sozialpolitisch nicht vertretbar und ökonomisch kurzsichtig. Nicht Löhne treiben die Preise, sondern vielfach überzogene Margen und einseitige Preissetzungsspielräume in bestimmten Marktsegmenten.

Eine Politik, die von Arbeitnehmer:innen strukturelle Zurückhaltung verlangt, während Kapitaleinkommen, Preise und Gebühren dynamisch steigen, verschiebt die Lasten einseitig. Sie ist kein Ausdruck wirtschaftlicher Vernunft, sondern ein Verteilungsproblem.

Die 198. Vollversammlung der AK Vorarlberg fordert die Verhandlungspartner:innen – insbesondere die Arbeitgeber:innen sowie das Land Vorarlberg als öffentlichen Arbeitgeber – auf:

- **Kollektivvertragsabschlüsse zumindest in Höhe der Inflationsrate sicherzustellen**, um Reallohnverluste konsequent zu verhindern.
- **Keine dauerhafte Lohnzurückhaltung als wirtschaftspolitisches Instrument zu etablieren**, sondern temporäre Krisenmaßnahmen klar zu begrenzen.
- **Gewinnentwicklungen und Produktivitätsfortschritte angemessen in Lohnverhandlungen zu berücksichtigen**, anstatt einseitig Belastungen auf Arbeitnehmer:innen abzuwälzen.
- **An der Benya-Formel festzuhalten**, wovon alle profitieren, weil sie auf die Gesamtproduktivität abzielt.
- **Im öffentlichen Dienst und in landesnahen Bereichen eine Vorbildfunktion wahrzunehmen** und faire, inflationssichernde Gehaltsabschlüsse umzusetzen.
- **Binnenkonjunktur durch eine stabile Einkommensentwicklung zu stärken**, anstatt sie durch Kaufkraftverluste zu schwächen.
- **Preissetzungsspielräume kritisch zu reflektieren und exzessive Margenentwicklungen einzudämmen**, um die Inflationsdynamik nicht weiter anzuheizen.